

## **Antrag**

**der Abgeordneten Dennis Gladiator, Eckard Graage, Ralf Niedmers,  
Sandro Kappe, Richard Seelmaecker (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Unverzichtbare Arbeit der Polizeiposten in den Vier- und Marschlanden langfristig sichern!**

Seit über 90 Jahren wird durch die sechs Polizeiposten in den Vier- und Marschlanden die lokale Sicherheit vor Ort gewährleistet; ihre dezentrale und kompetente Vollzugs- und Präventionsarbeit ist unverzichtbar. Die sechs Beamten arbeiten und wohnen in der eigenen oder gemieteten Immobilie im Landgebiet und haben durchweg einen außerordentlich guten Kontakt zu den Bürgern.

Dass dies auch der Senat so sieht, geht aus der Antwort auf die Schriftliche Kleine Anfrage, Drs. 22/4660, eindeutig hervor: „Die Ansprechbarkeit der Polizeiposten hat sich bewährt und wird von den Bewohnerinnen und Bewohnern des Landgebietes in hohem Maße wertgeschätzt. Dies ist auch der Tatsache geschuldet, dass die Polizeiposten in ihren Häusern wohnen und arbeiten (sogenannte Postenphilosophie) und somit nicht mit Außenstellen verglichen werden können. Darüber hinaus spart die Einbindung der Polizeiposten bei der Aufgabenwahrnehmung des örtlich zuständigen Polizeikommissariats (PK) 43 in Anbetracht der Größe des PK-Gebietes lange Anfahrten zum Einsatzort.“

Da schon länger befürchtet wurde, dass diese Struktur angesichts des im Raum Hamburg angespannten Immobilienmarktes und der engen Verbindung des Wohnens und der Arbeit des Polizeipostens nicht einfach aufrechtzuerhalten ist, hat die Bezirksversammlung in Bergedorf bereits 2018 den Bezirksamtsleiter aufgefordert, mit dem Polizeikommissariat 43 und der Innenbehörde zusammen ein Konzept zu entwickeln, wie die Polizeiposten im Landgebiet zukünftig organisiert werden könnten. Die Zeit drängt, da zwischen 2021 und 2025 fünf von insgesamt sechs Posten in den Vier- und Marschlanden in den Ruhestand gehen. Nicht zuletzt deshalb sollte seit 2018 ein Konzept erarbeitet werden, um die Orts- und Bürgernähe der Polizei im Landgebiet aufrechtzuerhalten. Noch 2019 stellte der Revierleiter des Polizeikommissariats 43 klar, dass keiner der Polizeiposten im Landgebiet zur Diskussion stehe und mehr Bürgernähe auf andere Weise nicht zu realisieren sei.

Umso unverständlicher ist es, dass nunmehr geplant ist, bis 2025 die noch bestehenden Ein-Mann-Wachen aufzugeben und aus Kostengründen nicht mehr nachzubeseetzen. Zum Juli 2021 geht der Postenbeamte in Fünfhausen in den Ruhestand. In der Drs. 22/4660 teilt der Senat dazu mit: „Die Polizeiposten-Tätigkeit in Warwisch-Fünfhausen besteht weiterhin, wird allerdings modifiziert. Das bisher für den Polizeiposten genutzte Gebäude steht nach der Pensionierung des aktuellen Postenbeamten ab Juli 2021 nicht länger als kombinierter Dienst- und Wohnsitz zur Verfügung. Der Polizeibeamte, der die personelle Nachfolge für den Polizeiposten Warwisch-Fünfhausen übernimmt, wird sich innerhalb seiner Dienstzeit mit einem Polizeifahrzeug in seinem Betreuungsgebiet befinden“.

Dies ist keine vernünftige Ersatzlösung; gerade die Polizeiposten als solche vereinen vielfältigere Aufgaben als der Einsatz eines Polizeifahrzeugs im Betreuungsgebiet: „Neben der Gewährleistung aller Vollzugsaufgaben im Zuständigkeitsbereich des jeweiligen Polizeipostens und der Wahrnehmung von Einsätzen als sogenannte

Alleinfahrer übernehmen sie darüber hinaus auch Aufgaben der Beamtinnen und Beamten des besonderen Fußstreifendienstes (Cop4You, Planung und Durchführung von Präventionsveranstaltungen, Begleitung von und Teilnahme an Veranstaltungen und Schwereinsätzen, Kontaktpflege mit ansässigen Personen und Institutionen, Opferbetreuung, Seniorenberatung et cetera)“, heißt es in der Drs. 22/4660.

Um den Erhalt der sechs Polizeiposten bis zum Jahre 2025 langfristig zu sichern, ist es unerlässlich, rechtzeitig mit der Suche nach Beamten und geeigneten Räumlichkeiten zu beginnen.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. sicherzustellen, dass die sechs seit über 90 Jahren bestehenden Polizeiposten in den Vier- und Marschlanden langfristig erhalten bleiben;
2. umgehend mit der Suche zu beginnen, sodass frühzeitig mit der Findung von Nachfolgern und geeigneten Immobilien beziehungsweise Standorten begonnen wird und dabei der Erhalt der Polizeipostenphilosophie umgesetzt wird;
3. Lösungen zu finden, durch die die Ziele der 2018 getroffenen Vereinbarung zwischen Bezirk, Polizei und Politik bekräftigt werden und deren Umsetzung vorangetrieben wird;
4. der Bürgerschaft bis zum 31. Dezember 2021 zu berichten.